

HEUTE, SEITE 3:

## BERNER PRIVATSPITÄLER

# Krankenkassen sehen kein Problem

**Die Berner Privatspitäler erhalten ab sofort markant weniger Geld für ihre Arbeit. Sogar die öffentlichen Spitäler haben Verständnis für ihre Klagen. Die Krankenkassen sehen sich bestätigt – und müssen vorsichtig kalkulieren.**

Die Berner Privatspitäler und die Krankenkassen sind im Dauerclinch. Auslöser war ihr Vertrag, der dazu führte, dass sich im Kanton Bern seit 2004 auch Patienten ohne Zusatzversicherung in den allgemeinen Abteilungen der Privatspitäler behandeln lassen können. Dies ist der Hauptgrund für die seither massiv erhöhten Prämien. Der Zwist führte zu Rechtshändeln, in denen die Privatspitäler nun in eine höchst unangenehme Situation geraten sind: Die Krankenkassen müssen ihnen zumindest vorübergehend viel weniger bezahlen, wie diese Zeitung jüngst publik machte. Die Einbusse beträgt laut Privatspitälern 30 bis 40 Prozent (Ausgabe vom Samstag). Damit gilt ab sofort der tiefe Tarif, den Santésuisse, der Verband der Krankenkassen, propagiert hatte.

### Tarif gilt vorübergehend

Wichtig: Diesen Tarif setzte das Bundesverwaltungsgericht ohne eine materielle Prüfung und nur als provisorische Zwischenlösung fest. Wenn sein Urteil dereinst eine höhere Abgeltung vorsieht, wird der definitive Tarif wieder höher angesetzt.

Man fragt sich nun, wie die Krankenkassen ihre Prämien für das Jahr 2011 festlegen werden. Das Urteil dürfte kaum so früh vorliegen, dass sie den definitiven Tarif berücksichtigen können. Laut Santésuisse würden die Kassen in dem Fall vom aktuellen, tiefen Tarif ausgehen und allgemein vorsichtig kalkulieren, sodass sie im Notfall nachträglich die Reserven anzapfen könnten. Grosse Probleme sieht man deswegen bei Santésuisse nicht – zumal man davon ausgeht, dass der definitive Tarif sowieso nicht viel höher sein dürfte als der aktuelle «Zwischentarif».

Laut Privatspital-Vertretern ist wegen des tiefen Tarifs die Versorgung gefährdet. Annamaria Müller, Chefin des kantonalen Spitalamts, sieht das nicht so eng, betont aber, es sei für sie nicht einfach, die Folgen für die Privatspitäler einzuschätzen. Diese monieren erneut, sie würden gegenüber den öffentlichen Spitälern «benachteiligt». Das lässt Müller so generell nicht gelten. «Im Unterschied zu den öffentlichen Spitälern können die Privaten selber entscheiden, welche Behandlungen sie anbieten wollen, weil sie sich für sie lohnen.» Zudem gehe ihre Aufnahmepflicht weniger weit. Darauf sowie auf die Kosten der Ausbildung von Fachpersonal verwies jüngst auch der Verband der öffentlichen Spitäler (diespitäler.be), als sich die Privaten ebenfalls über eine «Ungleichbehandlung» beklagt hatten. Verbandspräsident Beat Straubhaar

sagt, die Privaten hätten jahrelang von hohen Tarifen profitieren können.

### **Verständnis der Konkurrenz**

Aber: Dass sie sich jetzt über den vorübergehend verfügbaren Tarif beklagen, könne er verstehen, so Straubhaar. Er hätte den Mittelweg im höheren Tarifvorschlag des Regierungsrats gesehen. Dieser ging den Privaten jedoch auch zu wenig weit; sie reichten eine Beschwerde ein, um mehr Geld zu erhalten – und müssen nun fürchten, noch weniger zu bekommen.<sup>fab</sup>

© **Berner Zeitung**